

# Neuer Weg

MONATSSCHRIFT FÜR AKTUELLE FRAGEN DER ARBEITERSBEWEGUNG

HERAUSGEGEBEN VOM PARTEI VORSTAND DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

REDAKTION: BERLIN N 54, LOTHINGER STR. 1

JUNI/JULI 1946 DOPPELHEFT 4

## Die Durchführung (izikucllanllm)

Am 19. Juni 1946 hat die Sowjetische Militärverwaltung die Durchführung der Gemeindewahlen in der sowjetischen Besatzungszone genehmigt. Im Bundesland Sachsen wird am 1. September, im Bundesland Thüringen und der Provinz Sachsen am 8. September und in der Provinz Mecklenburg und Brandenburg am 15. September gewählt werden. Nach 13 Jahren wird das Volk wieder aufgerufen, in freier und geheimer Wahl zu dem bisher durchgeführten Aufbauwerk und zu dem Programm der einzelnen Parteien Stellung zu nehmen.

Die Gemeindewahlen sind deshalb von großer politischer Bedeutung, weil sie — nach dem Volksentscheid in Sachsen — die erste demokratische Willensäußerung des Volkes seit dem Herrschaftsende des Nationalsozialismus sind. Die Durchführung der Wahlen und ihre Ergebnisse werden deshalb nicht nur in ganz Deutschland, sondern auch in der Welt mit großer Aufmerksamkeit verfolgt werden. Diese Wahlen werden zeigen, in welchem Ausmaß sich das Volk zu einer fortschrittlichen Demokratie bekennt, und in welchem Umfange die breiten Massen zur SED als der politischen Hauptkraft des Neuaufbaues stehen.

Diese Wahlen sind für die Sozialistische Einheitspartei die erste Bewährungsprobe. Das Wahlergebnis wird beweisen, daß die SED als die Partei aller Schaffenden durch ihre energisch betriebene Aufbauarbeit das Vertrauen der Werktätigen besitzt und die mächtigste politische Bewegung in der östlichen Zone ist. Während bei den Städtewahlen in Süddeutschland die noch getrennt kämpfenden Arbeiterparteien die zahlenmäßige Überlegenheit der CDU hinnehmen mußten, muß der Sieg der SED die Kraft des Einheitsgedankens beweisen. Deshalb ist der Wahlausgang \*von großer propagandistischer Wirkung für den Einheitsgedanken in den anderen Zonen Deutschlands. Wenn es sich auch um Gemeindewahlen handelt, so dürfen wir bei der großen politischen Bedeutung dieser ersten Wahlen die Kampagne nicht vom Standpunkt einer begrenzten Kirchturmspolitik führen; vielmehr muß der Kampf um die Gemeinde unter den politischen Gesichtspunkten der politischen Gesamtsituation in Deutschland geführt werden.

Folgende Hauptgesichtspunkte müssen in der Wahlkampagne vorangestellt werden: Mehr, als es im allgemeinen geschieht, muß auf die wirklichen Ursachen der gegenwärtigen Notlage unseres Volkes hingewiesen werden. Nur durch die klare Herausstellung des chaotischen Erbes, das der Nationalsozialismus den antifaschistisch-demokratischen Aufbaukräften hinterlassen hat, kann dem Volke das Ausmaß der bisher geleisteten Aufbauarbeit vor Augen geführt werden. Es ist ferner darauf hinzuweisen, daß die bisher vollbrachten Leistungen und die Bewältigung der noch vor uns stehenden Riesenaufgaben nur das Ergebnis der gemeinsamen Anstrengungen aller demokratischen Parteien waren und auch in Zukunft nur sein können. Aus dieser Tatsache ergibt sich die Einstellung der SED zu den anderen demokratischen Parteien auch während des Wahlkampfes. Entsprechend dem Wahlauftrag des gemeinsamen Ausschusses der Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien muß der Wahlkampf trotz der Verschiedenheit der Weltanschauung und der Wahlprogramme so geführt werden, daß auch in Zukunft die erfolgreiche Fortführung des schweren Aufbauwerkes nicht nur die Aufgabe einer Partei, sondern aller Parteien, des ganzen Volkes sein kann.

Die SED kann in dem Wahlkampf mit vollem Recht darauf hinweisen, daß sie bei der Durchführung der ersten politischen Großtaten für die Demokratisierung in vorderster Front mit Erfolg gekämpft hat. Durch die Bodenreform, die Demokratisierung der Wirtschaft, durch die Beseitigung der Konzerne und durch die energisch betriebene Entnazifizierung, aber auch durch den Aufbau einer neuen demokratischen Selbstverwaltung und durch eine großzügige Schulreform hat sie die Wege zur Wiedergesundung unseres wirtschaftlichen und politischen Lebens tatkräftig geebnet. Der Landwirtschaftsplan und der Wirtschaftsplan sind als Mittel der allmählichen Überwindung von Hunger und Arbeitslosigkeit weitgehend zu popularisieren. Es ist unerläßlich notwendig, durch die öffentliche Berichterstattung die bisher geleistete Arbeit in der Gemeinde aufzuzeigen. Sollten bei dieser demokratischen Berichterstattung berechnete Kritik erhoben und Mängel in